

Der Versuch von George Bush, mich im Jahre 1991 nocheinmal mit dem Attentat auf Welch in Verbindung zu bringen und meine Glaubwürdigkeit zu untergraben, ist eine Fortsetzung dessen, was die CIA schon vor vielen Jahren begonnen hatte. Nicht einmal bis zur Veröffentlichung von *CIA intern* wartete man damit. Ein halbes Jahr vor Erscheinen des Buches, während ich noch an den letzten Seiten saß, brachte die *New York Times* auf der Titelseite einen groß aufgemachten Artikel über einen ehemaligen CIA-Beamten, der 1972 irgendwo in Lateinamerika zweifelt und in betrunkenem Zustand dem sowjetischen KGB alles erzählt habe, was er wußte.

Dieser ehemalige Beamte war natürlich kein anderer als ich selbst, und sofort tauchte ein Heer von Journalisten auf, um sich meine Version der Geschichte anzuhören. Weder hatte ich je mit den Sowjets gesprochen, noch war ich 1972 in Lateinamerika gewesen. Das war der erste Versuch der CIA, mich noch vor der Veröffentlichung des Buches in Mißkredit zu bringen, und seitdem haben mich die Medien eigentlich immer wieder angegriffen.

Als Bush Anfang 1976 CIA-Chef wurde, waren die englische und die amerikanische Ausgabe bereits seit einem Jahr auf dem Markt, und auch die ersten Übersetzungen erschienen mittlerweile. Jedesmal, wenn es in einer neuen Sprache - Französisch, Italienisch, Holländisch oder Schwedisch - veröffentlicht wurde, reiste ich in die jeweilige Hauptstadt, um eine Pressekonferenz zu geben und mit Journalisten über die CIA-Präsenz in dem betreffenden Land zu diskutieren. Daß sich dadurch die Aufmerksamkeit auf die Undercover-„Diplomaten“ und die Aktivitäten der CIA konzentrierte, sorgte für zusätzliche Unruhe.

Im September 1976 flog ich auf Einladung des jamaikanischen Rates für Menschenrechte nach Jamaika. Die Insel war damals erschüttert von politischer Gewalt, Mordanschlägen und anderen Maßnahmen, die die sozialdemokratische Regierung von Michael Manley ins Wanken bringen sollten. Viele glaubten in diesen Vorfällen Ähnlichkeiten mit den Ereignissen in Chile einige Jahre zuvor zu erkennen, als der CIA eine Kampagne gelungen war, die den Militärputsch gegen die Regierung Salvador Allendes auslöste. Auch ich war der Überzeugung, daß die CIA versuchte, die Regierung Manley - Wahlen standen kurz bevor - zu Fall zu bringen, und sagte das bei öffentlichen Kundgebungen und in den Medien.

Nach dieser Reise, die die Operationen der CIA empfindlich gestört hatte, wurde Manley durch einen überwältigenden Wahl-

sieg in seinem Amt bestätigt. Wie ich einige Jahre später aus Unterlagen der FOIA erfuhr, war George Bush in Washington mit Präsident Ford und Henry Kissinger, dem damaligen Außenminister zusammengetroffen, um jeder „Stör“-Aktion meinerseits einen Riegel vorzuschieben. Danach flog Kissinger zweimal inoffiziell nach London, um mit der britischen Regierung über meine Jamaika-Reise zu sprechen. Einige Wochen später, im November 1976, leiteten die Briten ein Ausweisungsverfahren gegen mich ein.

Trotz meines Protests, den meine Anwälte und viele politische Freunde unterstützten, wurde ich im Juni 1977, nachdem ich fast fünf Jahre lang in England gelebt hatte, gezwungen, das Land zu verlassen. Dieser Ausweisung folgten Verfahren in Frankreich, in den Niederlanden, in Deutschland und Italien; Norwegen ließ wissen, man werde mich gar nicht erst einreisen lassen. Alle diese Länder, NATO-Verbündete, warfen mir vor, eine „Gefahr für die öffentliche Ordnung“ zu sein, und alle waren unter Druck gesetzt worden.

Im Jahr 1979, kurz nachdem die Angehörigen der US-Botschaft in Teheran als Geiseln genommen worden waren, erklärte Carters Außenminister Cyrus Vance meinen amerikanischen Paß für ungültig. Zur Begründung wurde angeführt, meine Aktivitäten bedeuteten „schweren Schaden für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten.“ Der Oberste Gerichtshof bestätigte das Recht der Regierung, aus Gründen der nationalen Sicherheit einen Paß zu verweigern oder für ungültig zu erklären. Mein Vergehen bestand darin, die Wahrheit ausgesprochen zu haben.

Mehr als fünfzehn Jahre betrat ich die Vereinigten Staaten nicht. Anwälte und Freunde hatten mich gewarnt, daß ich unter Umständen einen langen und kostspieligen Prozeß, vielleicht sogar eine Gefängnisstrafe zu erwarten hätte. Aber 1987 beschloß ich, das Risiko einzugehen – und die Regierung unternahm nichts gegen mich. Obwohl ich weiterhin in Europa lebte, reiste ich während der folgenden fünf Jahre häufig in die Vereinigten Staaten, um Vorträge an Universitäten zu halten und bei politischen Veranstaltungen und Solidaritätskundgebungen zu sprechen. Überall traf ich Personen, die wie ich verurteilten, daß ein Präsident nach dem anderen der CIA Kompetenzen eingeräumt hatte, und die auch die nach wie vor florierende Rüstungswirtschaft und die Mißachtung grundlegender Menschenrechte kritisierten.

Die neunziger Jahre sind eine Zeit des Übergangs, der großen Chancen und der großen Gefahren, in den Vereinigten Staaten wie auch anderswo. Für viele Amerikaner ist die schwerste Bedrohung der zunehmende Rassismus und Fremdenhaß, wobei eine auf die „nationale Sicherheit“ fixierte Regierung in zunehmendem Maße faschistische Züge annahm, die Freiheit des einzelnen unterdrückte und Konformität erzwang, um den Staat zu „reinigen“ und Widerspruch bereits im Keim zu ersticken. Andererseits besteht die große Chance darin, dem Militarismus ein Ende zu setzen, indem die finanziellen Mittel umverteilt und für Programme eingesetzt werden, bei denen der Mensch im Vordergrund steht, und zur Lösung sozialer Probleme, unter denen Amerika insgesamt leidet.

(Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht an die letzte große Übergangsperiode erinnert wird, an die Jahre zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945, und an den Beschluß im Jahre 1950, eine dauerhafte Rüstungswirtschaft zu installieren. Damals begann ein Wettrüsten, das 40 Jahre währte. Die Lebensfähigkeit der eigenen Wirtschaft war damals wie heute das wichtigste Anliegen der Regierung. Der Krieg hatte das Land schließlich aus der Großen Depression der dreißiger Jahre geführt, und schon 1944 war die industrielle Produktion doppelt so hoch wie vor dem Krieg, obwohl zehn Millionen Männer und Frauen im Militärdienst eingesetzt waren. Bei Kriegsende war die Zahl der Arbeitslosen mit 600.000 verschwindend gering. Aber am Ende des Jahres 1949 war das Bruttosozialprodukt um 20 % gesunken und die Zahl der Arbeitslosen auf 4,7 Millionen angestiegen. Was mußte getan werden, um eine neue Depression zu verhindern? Manche meinten, das Hauptproblem bestünde darin, daß nicht genügend Waren exportiert würden, um die Wirtschaft in Gang zu halten, da die Produktionskapazitäten weit größer waren als die Konsummöglichkeiten. Und in Westeuropa, dem größten Exportmarkt für amerikanische Waren, gab es nicht genug Devisen, um die Importe zu tätigen, die die US-Wirtschaft dringend benötigte. Dieses finanzielle Ungleichgewicht wurde als „dollar gap“ (Dollarloch) bezeichnet. Es mußte ein Weg gefunden werden, genug Dollar aus den Vereinigten Staaten nach Europa zu transferieren, um das Loch zu stopfen und durch europäische Importe aus den USA eine exportorientierte Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft zu erzielen.

Obwohl der Marshall-Plan in den Jahren 1947 bis 1949 beim Wiederaufbau des westlichen Nachkriegseuropa geholfen hatte,

war es infolge des „dollar gap“ dennoch nicht gelungen, das Ungleichgewicht zu korrigieren. Deshalb beschloß die Truman-Regierung Anfang des Jahres 1950, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Westeuropa die Militärausgaben drastisch zu erhöhen, um so die heimischen Wirtschaftsprobleme zu lösen. In diesem Zusammenhang sollte das Problem des „dollar gap“ durch Bereitstellung von „Rüstungsmitteln für den Aufbau der Verteidigung“ (keine Darlehen) seitens der Vereinigten Staaten ausgeschaltet werden, mit denen die europäische Wiederaufrüstung innerhalb der NATO-Struktur finanziert werden sollte. Die geschätzten Kosten beliefen sich auf jährlich annähernd 50 Milliarden Dollar, ein gewaltiger Anstieg gegenüber dem amerikanischen Verteidigungsetat von 13 Milliarden Dollar im Jahr 1950. Die Entscheidung für die Wiederaufrüstung war das Ergebnis einer umfassenden Analyse der internationalen und der nationalen Lage, die 1950 von Paul Nitze erstellt worden war, dem damaligen Leiter des politischen Planungsstabes im Außenministerium. Das 67 Seiten lange Schriftstück mit dem Titel „NSC-68“ wurde fünfundzwanzig Jahre unter Verschuß gehalten, jedoch durch einen verwaltungstechnischen Irrtum 1975 zur Veröffentlichung freigegeben und dann im *Naval War College Review* publiziert. Es wurde zur Grundlage für den Kalten Krieg und das vierzigjährige Wettrüsten.

Präsident Truman wurden die erhöhten Finanzmittel zunächst nicht bewilligt, die für die NSC-68-Programme erforderlich gewesen wären, da es sowohl im Kongreß als auch in der breiten Öffentlichkeit Widerstand gegen die Remilitarisierung gab. Die Situation änderte sich jedoch, als im Juni 1950 nordkoreanische Truppen in Südkorea einfielen. Die Vereinigten Staaten erwirkten bei der UNO mehrere Resolutionen des Inhalts, daß internationale Militärverbände die nordkoreanischen Truppen vertreiben und die Grenze zwischen den beiden koreanischen Staaten am 38. Breitengrad wiederherstellen sollten – das war die Grenzlinie, als das Land 1945 geteilt worden war.

Die Truman-Regierung schickte umgehend Streitkräfte nach Südkorea, und im September 1950 hatten sich die nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad zurückgezogen. Truman jedoch ließ es dabei nicht bewenden. US-Truppen fielen anschließend in den Nordteil des Landes ein und rückten schnell in Richtung des Flusses Yalu vor, der die Grenze zwischen Nordkorea und China bildete, wo die Kommunisten unter Mao ein Jahr zuvor die Macht übernommen hatten. China drohte,

militärisch einzugreifen, wenn die amerikanischen Truppen ihren Vorstoß nach Norden nicht beendeten. Als Truman diese Drohung ignorierte, schickte China eine große Anzahl Truppen über den Yalu, setzte dem Vormarsch der Amerikaner ein Ende und zwang die USA zum Rückzug. Im November 1950 war die amerikanische Presse voll von Artikeln mit Fotos amerikanischer Soldaten, die durch Eis und Schnee vor den vorrückenden chinesischen Truppen flüchteten.

Truman nutzte die Gunst der Stunde, um das NSC-68-Programm voranzutreiben. In einer Rede Anfang Dezember, die landesweit im Rundfunk ausgestrahlt wurde, rief er den nationalen Notstand aus und bezichtigte voller Pathos die Sowjetunion, die Schuld am Krieg zu haben. „Unsere Familien, unsere Nation, alles woran wir glauben, ist in großer Gefahr. Und diese Gefahr geht von den Herrschern der Sowjetunion aus.“

In den darauffolgenden Wochen gelang es Truman, für seine Remilitarisierungspläne die Zustimmung des Senats zu erhalten. Bis zum Jahr 1952 hatte sich der Rüstungsetat mit 44 Milliarden Dollar mehr als verdreifacht, und die Stärke der Streitkräfte hatte sich auf 3,6 Millionen verdoppelt. Das war der Anfang einer kontinuierlichen Rüstungswirtschaft. Kurz darauf machte John Foster Dulles, Außenminister der Eisenhower-Regierung, seine berühmte Bemerkung über die Wirksamkeit des Wiederaufrüstungsprogramms. Natürlich, erklärte er, würde es zu einem Wettrennen mit der Sowjetunion kommen, aber die USA seien reicher als die Russen, die als erste den Bankrott erklären würden. (Mancher wird zweifellos einwenden wollen, auch die Vereinigten Staaten seien bankrott gegangen – auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und auf moralischer Ebene – es fehle lediglich der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt.)

Parallel zur Wiederaufrüstung beschwor die Truman-Regierung das Schreckgespenst einer sowjetischen Bedrohung für Westeuropa als Rechtfertigung für die amerikanische Finanzierung der Wiederaufrüstung Europas herauf – unter allen Umständen sollte das Programm zur „Verteidigungshilfe“ das „Dollarloch“ stopfen. Im Außenministerium zum Beispiel begründete Edward Barrett, der damalige stellvertretende Minister für Öffentliche Angelegenheiten und Vorsitzender von Trumans „Psychological Strategy Board“ (Kommission für psychologische Strategien), das sogenannte „Project Truth“ (Projekt Wahrheit), eine nationale und internationale Einschüchterungskampagne, die mit der „Bedrohung“ durch den Kommunismus und die Sowjetunion arbei-

tete. Um eine Atmosphäre der „permanenten Krise“ zu schaffen, war Barrett auf die kontinuierliche Unterstützung durch die Medien angewiesen und bekam sie auch. Sein Erfolg setzte sich fort, als er vom Außenministerium zur Columbia University wechselte, deren renommierte *School of Journalism* er von 1956 bis 1968 als Dekan leitete.

In Wahrheit war die Sowjetunion damals immer noch damit beschäftigt, die Trümmer eines Krieges zu beseitigen, in dem sie 20 Millionen Menschen verloren hatte. Obwohl durchaus Spannungen und Bitterkeit das Verhältnis der Westmächte und der Sowjets bestimmte, gab es keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die Sowjets die Absicht hatten, in Westeuropa einzumarschieren. Und obwohl sie bereits 1949 ihren ersten nuklearen Sprengsatz gezündet hatten, verfügten sie Anfang der fünfziger Jahre weder über die Waffen noch über die Abschlußmöglichkeiten, um einen strategischen Angriff auf die Vereinigten Staaten durchführen zu können.

Der Versuch, der Bevölkerung den Kalten Krieg zu „verkaufen“, war zwar unaufrichtig, bedeutete jedoch keineswegs eine Abkehr von den politischen Realitäten in den Vereinigten Staaten. Historiker haben gezeigt, daß Täuschungsmanöver seitens der Regierenden bereits mit dem Verfassungskonvent von 1787 begannen, als sich fünfundfünfzig Männer unter höchster Geheimhaltung in Philadelphia versammelten und dort, ohne dazu autorisiert zu sein, ein neues Regierungssystem entwarfen. Es sollte über fünfzig Jahre dauern, bis erstmals bekannt wurde, was die „Gründerväter“ in dieser Versammlung im einzelnen gesagt hatten. Aus ihren überaus erfolgreichen Bemühungen, die Staatsgewalt zu zentralisieren und einer Führungselite die Kontrolle über die Politik vorzubehalten, ging ein Dokument hervor, dessen graphische Gestaltung bereits das eklatanteste Täuschungsmanöver bedeutet: Wahrscheinlich hat jeder Student schon einmal eine Abbildung der Verfassungsurkunde in einem Lehrbuch gesehen und festgestellt, daß die ersten drei Wörter „Wir, das Volk“ dreimal so groß geschrieben sind wie der übrige Text. Gleichwohl hatten die Verfasser gut 95 % der damaligen Erwachsenenbevölkerung aus dem politischen Prozeß ausgeschlossen und nur den verbleibenden 5 % das Recht eingeräumt, diese Urkunde anzuerkennen oder abzulehnen.)

In jüngerer Zeit war es Edward Bernays, bekannt als der Begründer der Öffentlichkeitsarbeit, der sogenannten Public Relations-Branche, der die Notwendigkeit kalkulierter Täuschungsmanöver

im öffentlichen Leben erkannte und befürwortete. In seinem klassischen Werk *Propaganda* von 1927 schreibt Bernays: „Die gezielte und kluge Manipulation der Gewohnheiten und Ansichten der Massen ist ein wichtiger Faktor in einer demokratischen Gesellschaft. Diejenigen, welche diesen verborgenen Mechanismus der Gesellschaft manipulieren, stellen eine unsichtbare Regierung, die die eigentliche herrschende Kraft unseres Landes ist . . . Es ist die intelligente Minderheit, die Propaganda kontinuierlich und systematisch einsetzen muß.“ Jeder gutinformierte Mensch, der sich mit den amerikanischen Medien beschäftigt, wird täglich Beispiele für die Anwendung von Bernays' Prinzipien finden, in allen großen Zeitungen und Zeitschriften, ebenso wie im Rundfunk und im Fernsehen.

Während der Übergangszeit zwischen 1945 und 1950 faßte die Truman-Regierung das amerikanische Militär in einem neuen Verteidigungsministerium zusammen. Dies geschah auf der Basis des 1947 erlassenen „Gesetzes zur Nationalen Sicherheit“, das gleichzeitig den Nationalen Sicherheitsrat als höchstes politisches Entscheidungsgremium für auswärtige Angelegenheiten und für die innere Sicherheit einrichtete. Dieses Gesetz sah vor, daß der Präsident den Vorsitz des Sicherheitsrates übernahm und daß ihm der Vizepräsident, der Außenminister und der Verteidigungsminister automatisch als Mitglieder angehörten. Weitere ad-hoc-Mitglieder konnte der Präsident ernennen.

Eben dieses Gesetz zur Nationalen Sicherheit begründete auch die *Central Intelligence Agency* als ersten staatlichen zivilen Geheimdienst in Friedenszeiten. Hauptaufgabe der CIA sollte es sein, weltweit für die nationale Sicherheit Informationen zu sammeln, zu analysieren und diese an die politischen Verantwortlichen weiterzureichen, angefangen beim Präsidenten und den Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates. Um diesen Auftrag erfüllen zu können, richtete die CIA in US-Botschaften und US-Militärstützpunkten im Ausland geheime Büros ein. Der Prozeß der Sammlung, Analyse und Verbreitung nachrichtendienstlichen Materials wurde unter der Bezeichnung „*Foreign Intelligence*“ (Auslandsspionage), kurz FI, bekannt.

Auch führte die CIA von Anfang an Operationen ganz anderer Art durch, die das Gesetz zur nationalen Sicherheit undeutlich als „weitere Funktionen und Aufgaben im Zusammenhang mit nachrichtendienstlichen Tätigkeiten, die der Nationale Sicherheitsrat von Zeit zu Zeit in Auftrag gibt“ bezeichnet. Bei der ersten Zusammenkunft des Sicherheitsrates im Oktober 1947 unter dem

Vorsitz von Truman, einen Monat, nachdem er das Gesetz unterzeichnet hatte, wurde der Beschluß gefaßt, für eine geheime Intervention der CIA bei den für April 1948 angesetzten italienischen Parlamentswahlen 10 Millionen Dollar beiseite zu schaffen. Warum 10 Millionen Dollar amerikanischer Steuergelder, um heimlich Einfluß auf die italienischen Parlamentswahlen nehmen zu können? Die italienische Linke (Sozialisten, Kommunisten und andere) hatte knapp zwanzig Jahre lang das Rückgrat des Widerstands gegen den Faschismus gebildet und war nach seinem Zusammenbruch 1944 mit großem Prestigegegewinn wieder erstarkt. Sie hatte eine Koalition gebildet, um die Parlamentswahlen 1948 zu gewinnen, die ersten landesweiten Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg. In Washington befürchtete man, diesmal könne das italienische Volk der Linken zum Sieg verhelfen; um das zu verhindern, beschloß die Truman-Regierung, die konservativen Christdemokraten zu unterstützen.

Das Geld der CIA wurde über Scheinorganisationen, über italo-amerikanische Organisationen in den Vereinigten Staaten und über den Vatikan nach Italien eingeschleust. Das Ergebnis: ein leichter Sieg für die Christdemokraten.

Es war jedoch nicht das letzte Mal, daß den italienischen Christdemokraten geheime Zuschüsse von der CIA zufließen. Im Verlauf der folgenden fünfundsiebenzig Jahre erhielt die Partei etwa 100 Millionen Dollar von der CIA, auch dann noch, als Italien eines der wohlhabendsten Länder der Welt geworden war. Noch im Jahr 1975 gab Presseberichten zufolge Präsident Ford seine Zustimmung zu einer Zahlung von sechs Millionen Dollar an die Christdemokraten für die für Juni 1976 angesetzten Parlamentswahlen.

Nach der Operation anläßlich der italienischen Wahlen 1948 waren ähnliche CIA-Operationen bald auf der ganzen Welt gängig. Der CIA-Untersuchungsausschuß des Kongresses hatte aufgedeckt, daß Wahloperationen die häufigste Variante jener geheimen politischen Interventionen waren, die man „Covert Action“ (Geheimoperation), kurz CA, nannte. Auf diese Weise wurde die CIA benutzt, um die Machtorgane anderer Länder zu beeinflussen und zu manipulieren: Regierungen und politische Parteien, das Militär und die Geheimdienste, Gewerkschaften, kulturelle Vereinigungen, Berufsverbände, Frauengruppen und religiöse Gruppen, Jugend- und Studentenorganisationen und die Medien. Der Leser wird in meinem Buch viele Beispiele von Operationen finden, wie sie auch in Lateinamerika durchgeführt wurden.

Paramilitärische Operationen wurden zu einer anderen häufig angewandten Spielart von *Covert Action*-Interventionen. Im Normalfall wurden dabei kleine oder größere Gruppen irregulärer Militärverbände, wie z. B. Guerrillas, rekrutiert, ausgebildet und in Marsch gesetzt, um in den Zielländern Aufstände anzuzetteln und Sabotageakte, Attentate und Terroranschläge auszuführen. Solche und ähnliche Operationen gibt es bereits seit Gründung der CIA Ende der vierziger Jahre. Zumeist von Westdeutschland aus gelenkt, richteten sie sich gegen sämtliche Länder Osteuropas einschließlich der Sowjetunion. (Ziel der Operationen war unter anderem, den Wiederaufbau zu verzögern, um für einen möglichst unvorteilhaften Kontrast zu dem von den Vereinigten Staaten finanzierten Wiederaufbau in Westeuropa zu sorgen. Das ging etwa zehn Jahre so, bis diese Operationen schließlich reduziert wurden, weil sie keinen nennenswerten Erfolg zeitigten und die Vereinigten Staaten nicht offen intervenieren wollten, als es dann tatsächlich zu Volksaufständen kam, wie zum Beispiel in Ungarn 1956.)

Paramilitärische Operationen wurden schon früh auf andere Teile der Welt ausgeweitet, u. a. gegen China nach dem Sieg der Kommunisten 1949, gegen Indonesien 1958, gegen Kuba 1961 (Schweinebuch) und noch Jahre danach, und gegen Nicaragua in den achtziger Jahren (Contras), was für 1 % der Bevölkerung den Tod bedeutete - 30.000 Menschen. (Die entsprechende Zahl für die Vereinigten Staaten wäre 2,5 Millionen Tote.)

„*Counter Intelligence*“ (Gegenspionage), kurz CI, ist die dritte wichtige Kategorie der Operationstheorie und -praxis der CIA. Die wichtigsten CI-Aktivitäten heißen „*Liaison Operations*“ (Bündnisoperationen). Darunter fallen sämtliche Aktivitäten der CIA im Verbund mit den Geheim- und Nachrichtendiensten anderer Länder. Der britische Geheimdienst, der sogenannte MI-6, war in den Anfangsjahren der CIA deren wichtigster Verbündeter und Partner bei vielen paramilitärischen Operationen gegen Osteuropa.

Beinahe vom ersten Augenblick an richtete die CIA „unterstützende“ Sicherheits- und Nachrichtendienste für ihre *Liaison*-Operationen ein. Einer der ersten Dienste dieser Art operierte in Griechenland, wo die CIA nach dem Sieg der von den Vereinigten Staaten unterstützten Konservativen im Bürgerkrieg 1947-1949 den KYP gründete. Dieser Geheimdienst war eines der Hauptinstrumente, mit deren Hilfe sich die Rechte in Griechenland zwanzig Jahre lang an der Macht hielt. Als 1967 das Machtmonopol der Konservativen in Gefahr geriet, organisierten CIA

und KYP einen Militärputsch, der in Griechenland ein siebenjähriges neofaschistisches Regime einleitete. Der erste Chef dieser Militärdiktatur war Oberst George Papadopoulos, bis zu diesem Zeitpunkt der wichtigste leitende KYP-Verbindungsoffizier zum CIA-Stützpunkt in Athen. In der Zeit des „Obristen-Regimes“ wurde die Folter institutionalisiert, und Tausende waren gezwungen, ins politische Exil zu gehen.

Es gibt viele andere Beispiele dafür, wie die CIA in anderen Ländern Geheimdienste gegründet oder als Instrumente zur politischen Kontrolle und Repression benutzt hat. Im Iran gründete sie nach dem erfolgreichen Sturz der demokratisch gewählten bürgerlichen Regierung im Jahr 1953 die SAVAK, und dieser Geheimdienst sorgte dafür, daß der Schah praktisch wie ein Militärdiktator fünfundzwanzig Jahre herrschen konnte. Ähnlich war es in Guatemala, wo die CIA nach dem Sturz der bürgerlichen Regierung 1954 Geheimdienste installierte, um die von ihr errichtete Militärdiktatur zu schützen. Aus diesen Diensten gingen dann die berüchtigten Todesschwadronen hervor, die seitdem mit ständiger Unterstützung der CIA für den Tod von über 150.000 Guatemalteken verantwortlich sind. Ein weiteres Beispiel für die weltweiten Aktivitäten der CIA ist Südkorea. Zweifellos hat die CIA auch in El Salvador den Geheimdienst und die Todesschwadronen des Landes unterstützt, die während des Bürgerkrieges in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre an die 75.000 Menschen ermordet haben. )

Angeichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Umbrüche der neunziger Jahre entwickelte sich in den Vereinigten Staaten eine Diskussion über die Zukunft der CIA und den Rest des aufgeblähten amerikanischen „Geheimdienst-Apparates“. Zusammengenommen verbrauchten die verschiedenen Geheim- und Nachrichtendienste einen geschätzten Betrag von 30 bis 35 Milliarden Dollar pro Jahr, das sind etwa 10 % des gesamten Verteidigungsetats. Durch den Wegfall der sowjetischen Bedrohung mußten sie damit rechnen, daß ihr Budget, ihr Personal und ihre Aufgaben gewaltig schrumpfen würden und damit auch ihre Macht und Bedeutung.

In mancher Hinsicht hatten die Probleme der CIA und anderer amerikanischer Nachrichtendienste Anfang der neunziger Jahre Ähnlichkeit mit den Problemen, mit denen die führenden Militärs konfrontiert wurden, angefangen bei der Identifikation tatsächlicher und potentieller Gefahren für die nationale Sicherheit

der Vereinigten Staaten – wobei die „nationale Sicherheit“, wie immer, nicht vom einfachen Bürger, sondern von der politischen und wirtschaftlichen Elite definiert wird. Ganz oben auf der Gefahrenliste der CIA stehen Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Drogenhandel und die damit verbundene Gewalt, sowie regionale, ethnische und nationale Konflikte.

Einige Angehörige der CIA und anderer Geheimdienste behaupteten, die Welt sei nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weitaus instabiler, unberechenbarer und sogar gefährlicher geworden. Sie argumentierten, gerade jetzt sei die Ausweitung und Verbesserung der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten erforderlich und daß die Bewältigung dieser Aufgabe wegen der finanziellen und personellen Kürzungen immer schwerer werde. Das war zweifellos auch die Position von George Bush, und Presseberichte über das von ihm genehmigte Budget für die Nachrichtendienste im Haushaltsjahr 1993 gingen davon aus, daß die Kürzungen wahrscheinlich nicht einmal 5 % betragen hätten.

Ähnliche Argumente waren aus dem Pentagon zu hören. So wurde beispielsweise im Februar 1992 der *New York Times* ein 70-seitiges Geheimpapier aus dem Verteidigungsministerium zugespielt, das die Planung der Militärausgaben für die kommenden zehn Jahre enthielt. Der Bericht skizzierte sieben mögliche Szenarien, auf die die US-Streitkräfte vorbereitet sein sollten und die Militärausgaben in unverändert enormer Höhe erforderlich machten. Ein Szenario war ein weiterer Krieg gegen den Irak, ein zweites ein weiterer Krieg gegen Nordkorea und ein drittes ein gleichzeitiger Krieg gegen den Irak und Nordkorea. Ein anderes Szenario skizzierte einen Krieg, in dem die USA einen baltischen Staat gegen ein wiedererstarktes und expansionistisches Rußland verteidigen, und ein anderes die Verteidigung von US-Bürgern im Falle einer Revolution auf den Philippinen, wiederum ein anderes die Verteidigung des Panama-Kanals gegen sogenannte „Narko-Terroristen“. Das siebte Szenario war das mögliche Auftauchen eines „Gegenspielers auf globaler Ebene“ oder einer „aggressiven expansionistischen“ internationalen Koalition.

Im darauffolgenden Monat, am 8. März, berichtete die *New York Times*, diese Szenarien zukünftiger Kriege seien Beispiele für die Probleme, mit denen die Militärstrategen nach Maßgabe einer geheimen Militärpolitik konfrontiert wären, die schon bald vom Verteidigungsministerium für den Rest des Jahrhunderts abgesegnet werden sollte. Zusammen mit dem Geheimpapier über

Kriegsszenarien wurde der *Times* die Kopie eines geheimen 48-seitigen Strategiepapiers von einem Beamten des Verteidigungsministeriums zugespielt, der zu der Überzeugung gelangt war, daß die Diskussion über die militärische Planung nach dem Kalten Krieg öffentlich geführt werden müsse.

Dieses Strategiepapier, offiziell „Defense Planning Guidance“ (Leitfaden zur Verteidigungsplanung) genannt, war der *Times* zufolge das Ergebnis von Beratungen zwischen dem Präsidenten, dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Verteidigungsministerium. Seine Bedeutung hinsichtlich einer Fortführung des US-Militarismus bis ins 21. Jahrhundert hinein stünde der des NSC-68-Dokuments – dem Startsignal für das Wettrüsten im Kalten Krieg – in nichts nach.

Das Ziel einer Vormachtstellung in der Welt, das aus diesem 1992 entstandenen Dokument deutlich hervorgeht, sollte sowohl die derzeit mit den USA befreundeten Staaten, etwa Japan und die NATO-Partner, als auch gegnerische Mächte alarmieren. „Unsere Strategie muß sich jetzt wieder darauf konzentrieren, ein für allemal auszuschließen, daß in Zukunft auf globaler Ebene ein Konkurrent auf den Plan treten kann . . . Unser wichtigstes Ziel ist es, das Auftauchen eines neuen Gegenspielers zu verhindern, sei es auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder anderswo . . .“ Es ist bemerkenswert, daß das Papier keinerlei Hinweis auf eine gemeinsame Beilegung von Konflikten durch die Vereinten Nationen enthält, obgleich zukünftige multilaterale Aktionen durch internationale Koalitionen, wie zum Beispiel im Golfkrieg, nicht ausgeschlossen werden. Und um den Erwerb von Atomwaffen durch potentielle Gegner zu verhindern, müßten die Vereinigten Staaten für einseitige Militärationen gerüstet sein.

Für Japan und Westeuropa würde das bedeuten, daß sie fest in sicherheitspolitische Vereinbarungen eingebunden wären, in denen die Vereinigten Staaten die Federführung hätten. {Zwar wird kein Land namentlich genannt, es heißt jedoch, die Vereinigten Staaten müßten „die Interessen der hochentwickelten Industrienationen soweit berücksichtigen, daß wir diese nicht dazu ermutigen, unsere Führungsrolle anzuzweifeln oder gar zu versuchen, die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung umzustoßen . . . Wir müssen die Mechanismen aufrechterhalten, die potentielle Gegenspieler schon von dem Gedanken abschrecken, eine bedeutendere regionale oder globale Rolle spielen zu wollen.“}

Und was muß geschehen, um Europa, mit Deutschland an der Spitze, zu hindern, unabhängiger Herr und Gebieter über das

eigene Territorium zu werden? Es ist „von grundlegender Bedeutung, die NATO als wichtigstes Werkzeug zur Verteidigung und Sicherheit des Westens zu erhalten, und ebenso als Instrument der Einflußnahme durch die Vereinigten Staaten . . . Wir wollen verhindern, daß es zu ausschließlich europäischen Sicherheitsvereinbarungen kommt, was die NATO und vor allem die integrierte Kommandostruktur der Allianz untergraben würde . . . Eine erhebliche amerikanische Präsenz in Europa ist von lebensnotwendiger Bedeutung . . .“

Mit diesen beiden Dokumenten rechtfertigte die Regierung Bush die Forderung an den Kongreß, von 1993 bis 1997 1,2 Billionen Dollar für Verteidigung zu genehmigen, bei einer derzeitigen Truppenstärke von 1,6 Millionen und der Möglichkeit, sie in kürzester Zeit zu erhöhen („reconstitution“). Etwa 150.000 amerikanische Soldaten sollten in Europa stationiert bleiben, der größte Teil, wie bisher, in Deutschland.

Bushs Antrag für diese fünf Jahre lag lediglich 3 % unter den Haushaltsansätzen vor dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung – den Veränderungen „von beinahe biblischem Ausmaß“, wie Bush sich ausdrückte. Anders formulierte es General Colin Powell, der Leiter des Generalstabs: „Die eigentliche Gefahr, der wir uns jetzt gegenübersehen, ist die Bedrohung durch das Unbekannte, durch die Ungewißheit . . ., nicht vorbereitet zu sein auf eine Krise oder einen Krieg, den niemand vorhergesehen, mit dem niemand gerechnet hat.“

† (Offensichtlich suchte das Establishment im militärischen Bereich wie im Bereich der Nachrichtendienste nach neuen Wegen, um seine Machtposition zu rechtfertigen, indem immer neue Gefahren heraufbeschworen wurden, die an die Stelle der sowjetischen Bedrohung getreten seien.) Sollten diese Bemühungen Erfolg haben, wird auch in den neunziger Jahren ein Umbau der amerikanischen Wirtschaft zugunsten friedlicher, menschenfreundlicher Zwecke verhindert und eine Umverteilung der Finanzmittel unmöglich gemacht werden, die für die Lösung der gewaltigen und verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die die Vereinigten Staaten gegenwärtig heimsuchen, nötig sind. Die entscheidende Frage ist, ob die 1950 begonnene permanente Rüstungswirtschaft und das auf die nationale Sicherheit fixierte Staatswesen Bestand haben werden oder nicht. Eine Wiederwahl Bushs 1992 hätte grundlegende Veränderungen in Bezug auf die politischen Prioritäten der Nation in den kommenden vier Jahren mit Sicherheit so gut wie unmöglich gemacht.

Und die Alternative der Demokraten? Nachdem der von den Demokraten beherrschte Kongreß Bushs Verteidigungshaushalt mit seinen minimalen Kürzungen abgelehnt hatte, verabschiedete er im März einen eigenen Verteidigungshaushalt für die kommenden fünf Jahre, der die von Bush ohnehin anvisierten Kürzungen lediglich verdoppelte, also immer noch auf ein Minimum beschränkte; Bush machte dennoch von seinem Vetorecht Gebrauch. Da die Senatoren, Kongreßabgeordneten und Bush selbst 1992 wiedergewählt werden wollten, konnten nur wenige die politisch negativen Folgen eines Verlustes von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie oder die Schließung weiterer Militärstützpunkte riskieren. Anfang April hielt Bush seine Kürzungspläne in Höhe von 3 % für die nächsten fünf Jahre noch aufrecht, und die jüngste Forderung der Demokraten belief sich auf bloße 5 %.

Andere, die nicht der Regierung angehören, forderten eine Umschichtung der für die Verteidigung Westeuropas und Japans gegen die Sowjetunion aufgewendeten Gesamtkosten – etwa 150 Milliarden Dollar bzw. die Hälfte des Verteidigungsetats für 1992 – auf Inlandsinvestitionen (Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Infrastruktur, Umschulung und Umrüstung von Industriebetrieben). Währenddessen hatte General John Galvin, der ranghöchste NATO-Offizier, ganz im Sinne der Pläne der Regierung Bush vor einem Senatsausschuß Anfang März erklärt, daß 150.000 amerikanische Soldaten in Europa stationiert bleiben müßten. Der Grund? „Der Wegfall der sowjetischen Bedrohung bedeutet für Europa noch keine Garantie für Frieden und Stabilität . . . regionale Spannungen . . . die Ungewißheit . . .“

Die gute Nachricht: Die Vereinigten Staaten verfügen nicht mehr über die Mittel, um der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen. Das Wettrüsten, an dem die Sowjetunion bankrott gegangen ist, hat die Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren gleichzeitig zum größten Schuldnerland der Welt werden lassen. Zinszahlungen auf die Staatsverschuldung machen inzwischen den größten Posten im Staatshaushalt aus, der 1992 ein Defizit von 400 Milliarden Dollar aufweisen wird. Ohne Finanzierungshilfen in Höhe von 54 Milliarden Dollar aus Deutschland, Japan und anderen Ländern wären die Vereinigten Staaten nicht in der Lage gewesen, den Golfkrieg zu inszenieren – in dem viele nichts weiter sehen als einen gewinnorientierten Feldzug der amerikanischen Streitkräfte, ein Exportgeschäft wie jedes andere. Trotzdem, wenn sich die amerikanische Politik nicht tiefgreifend ändert, wird der Irak wohl kaum das letzte Land der Dritten Welt

gewesen sein, in dem die Vereinigten Staaten militärisch eingreifen, um sicherzustellen, daß die Hüter der „lebenswichtigen Ressourcen“ weiterhin gespalten bleiben und manipulierbar sind. Ebenso wenig wird es die letzte Intervention gewesen sein, unliebsame nationalistische oder nicht-konforme Regierungen zu zerschlagen oder einzuschüchtern, wie die Überfälle auf Grenada und Panama und die Bombeneinsätze gegen Libyen deutlich zeigen. Die Frage wird lauten: Inwieweit kann Amerika auf eigene Faust handeln und inwieweit wird es auf die Unterstützung eben jener Mächte angewiesen sein, die es beherrschen will?

Das Tauziehen um die amerikanischen Ausgaben für Rüstung und Nachrichtendienste nach dem Ende des Kalten Krieges wird mit Sicherheit sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung weitergehen, als Teil einer sich ausweitenden Diskussion über die politischen Prioritäten und wachsenden innenpolitischen Probleme. Eine Tatsache jedoch, die bisher kaum Beachtung gefunden hat, ist jener Teil des Kalten Krieges, der noch lange nicht zuende ist. Niemand wird leugnen, daß der Kalte Krieg von Anfang an zwei Dimensionen hatte. Die Ost-West-Dimension war immer eine militärische Abgrenzung zwischen den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Partnern auf der einen und der Sowjetunion und deren Verbündeten auf der anderen Seite. Aber daneben gab es auch eine Nord-Süd-Dimension, wo die Gefechte tatsächlich stattfanden, wie zum Beispiel in Vietnam. Der Kalte Krieg Nord gegen Süd { der Krieg gegen Sozialismus, Nationalismus und die Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten Welt – wird sich mit Sicherheit auf unbestimmte Zeit fortsetzen, solange sich an der Politik der Ersten Welt, insbesondere der Politik der Vereinigten Staaten, nichts ändert. Von Tag zu Tag wächst die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in der Ersten Welt von den Ressourcen, Märkten und Arbeitskräften in der Dritten Welt. Diese Nord-Süd-Beziehung bringt für die armen Länder eine ständige Verschlechterung der Handelsbedingungen mit sich. Die aus dieser Beziehung resultierende Schuldenkrise, die bereits 1982 ein kritisches Stadium erreicht hatte, hat seitdem für einen kontinuierlichen Abfluß von Nettovermögen aus den armen in die reichen Länder gesorgt. Einer Studie zufolge, die auf Erhebungen der *Organization for Economic Cooperation and Development* – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – (der gängige

Euphemismus für das Kartell der reichen Länder) beruht, betrug der Nettogewinn für den Norden zwischen 1982 und 1990 ca. 418 Milliarden Dollar; das entspricht, gemessen am Dollarkurs von 1991, der sechsfachen Summe dessen, was der Marshall-Plan für den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg kostete. Dieser Nettotransfer ergab sich aus monatlichen Zins- und Tilgungszahlungen der Schuldnerländer, die im Durchschnitt 12,5 Milliarden Dollar betragen und für den Gesamtzeitraum von neun Jahren 1,3 Billionen Dollar. Solche Zahlungen waren nur möglich durch die Anhäufung neuer Schulden in den armen Ländern, die Ende 1990 um 61 % höher waren als 1982.)

(Es gibt ganze Berge von statistischem Material über das menschliche Leid und die Umweltzerstörung, welche die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond verfügten Sparprogramme anrichten, nur um dieses System beibehalten und so effektiv wie möglich machen zu können. André Gunder Frank schrieb schon vor Jahren, daß sich die „Entwicklungsländer“ dieser Erde in Wahrheit jeden Tag im Vergleich zu den reichen stärker „rückentwickeln“. Selbst die *New York Times* stellte Ende 1991 fest, daß 90 % der Bevölkerung Lateinamerikas entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt sind, während gleichzeitig die Zahl derer, die unter der Armutsgrenze leben, auf 44 % der Bevölkerung in der jeweiligen Region angestiegen ist.)

Dennoch gibt es in allen armen Ländern die bekannten Eliten, die nach wie vor in Wohlstand leben, ebenso wie die entsprechenden Gruppen in den reichen Ländern des Nordens. In diesem grundlegend ungerechten und instabilen System werden die Menschen sich immer wieder um Veränderungen, Gerechtigkeit und Gleichstellung bemühen. Sie werden das System des Freien Marktes ablehnen, das ihnen nur Massenelend gebracht hat und das das Leben und die Arbeitskraft eines Menschen als die wichtigste Ware auf dem Markt betrachtet und damit zurecht den vom Markt diktierten Höhen und Tiefen unterliegt. Und diese Menschen werden Widerstand leisten gegen politische Repression, die nichts anderes ist als der Kleister, der instabile Systeme notdürftig zusammenhält.

Politische Bewegungen in den armen Ländern, die die Veränderung der „alten Weltordnung“ anstreben, werden in Washington als Gefahr für die Stabilität der Vereinigten Staaten betrachtet, denn sie dienen jenen als Beispiel, die ähnliche Veränderungen in den Vereinigten Staaten herbeiführen wollen, einer nicht weniger ungerechten und von Grund auf instabilen Gesellschaft. D. h.

auch in Zukunft werden die traditionellen amerikanischen Strategien erforderlich sein: die nachrichtendienstliche Überwachung „gefährlicher“ Bewegungen, die Unterstützung politischer Repression, der Einsatz von Militärberatern, wie es gegenwärtig in Südamerika der Fall ist, und wenn nötig auch offene militärische Gewalt. Dabei wird die CIA meiner Meinung nach eine ähnliche Rolle spielen wie bei den in diesem Buch geschilderten Ereignissen.

Und die Alternative? Bedauerlicherweise sind in den frühen neunziger Jahren die Chancen für einen grundsätzlichen Wandel in der amerikanischen Außen- und Innenpolitik nicht allzu hoch, trotz der unverkennbaren Möglichkeiten, die sich angesichts der Veränderungen in Osteuropa eröffnet haben. Republikaner wie Demokraten scheinen entschlossen, in absehbarer Zeit nichts in einem Staat zu ändern, in dem die nationale Sicherheit an erster Stelle steht und der sich auf eine permanente Rüstungswirtschaft stützt.

Neben der Fortführung einer Hochrüstung, die noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammt, dehnt die Regierung ihre Sicherheitsprogramme auch auf die Universitäten aus. Ein Beispiel dafür ist der 1991 vom Kongreß verabschiedete „National Security Education Act“ (Gesetz zur Ausbildung von Sicherheitsbeamten). Dieses Gesetz stellt einen Beitrag von 150 Millionen Dollar als „Startkapital“ für die Entwicklung und Erweiterung von Studienprogrammen an Hochschulen bereit – Sprach- und Landeskunde, Stipendien, Auslandsstipendien –, um die nächste Generation von Bürokraten eines allein auf die nationale Sicherheit fixierten Staates auszubilden. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß dieses Programm nicht vom Bildungsministerium, sondern vom Pentagon, der CIA und anderen Sicherheitsorganen verwaltet werden soll.

Es gibt ganz gewiß in den Vereinigten Staaten eine bedeutende Bewegung, die einen grundlegenden Wandel anstrebt: ein Ende des Militarismus und die Lösung der inneren Probleme, was durch den massenhaften Widerstand gegen den Golfkrieg deutlich wurde. Sie setzt sich aus vielen Millionen Menschen zusammen, die in zunehmendem Maße die Rechtmäßigkeit einer Regierung und eines politischen Systems in Frage stellen, das offensichtlich korrupt, geldgierig, inkompetent und selbstsüchtig ist. Diese Bewegung ist mir in fast allen Teilen des Landes begegnet. Aber noch mangelt es ihr an Organisation und Ausgereiftheit. Und sie muß sich tagtäglich mit einer Medienmafia

auseinandersetzen, die auf den Spuren eines Edward Bernays so wirkungsvoll die Fakten des Zeitgeschehens und der Geschichte zensiert, verzerrt, unterdrückt und manipuliert. Trotz alledem lebt und wächst diese Bewegung und verschafft sich auf vielerlei Art Gehör, so zum Beispiel durch die enorme Wirkung und das Echo auf den Film „JFK“ von Oliver Stone, in dem die These aufgestellt wird, Präsident Kennedy sei von Leuten aus der eigenen Regierung ermordet worden.

Dieses Buch enthüllt die geheimen Manipulationsmethoden der CIA und zeigt, wie sie durchgeführt wurden. Es ist ein Buch, das die amerikanische Regierung Ihnen vorenthalten wollte. Aber eine Warnung vor subversiven Büchern ist durchaus angebracht, ehe man mit der Lektüre beginnt. Man sollte dabei an die Worte des Abgeordneten Harold Velde aus Illinois denken, der in den fünfziger Jahren dem Repräsentantenhaus angehörte, als ich während meines Universitätsstudiums von der CIA rekrutiert wurde.

Velde hielt im Repräsentantenhaus eine Rede gegen fahrbare Bibliotheken für die amerikanische Landbevölkerung und tat das, indem er die Ausführungen der CIA über die von Büchern ausgehenden Gefahren fast im Wortlaut wiederholte. Unter anderem bemerkte er: „Wenn man die Bildung amerikanischer Bürger durch solche Bibliotheksdienste weiter vorantreibt, dann könnte das die politische Einstellung schneller ändern als alles andere. Die Grundlage des Kommunismus und des sozialistischen Einflusses ist die Bildung der Menschen.“

*Aus dem Amerikanischen übersetzt von Sabine Saßmann*